



Dr. Johannes Fechner
Mitglied des Deutschen Bundestages

Berliner Bote 02/2015

**Sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,
liebe Genossinnen und Genossen,**

ich freue mich, hier die neueste Ausgabe des Berliner Boten zu präsentieren und darin meine politische Arbeit der letzten Wochen für Sie/für Euch dokumentieren zu können:

Neue Parlamentsgruppe Bahlärm

Bahlärm macht krank! Aus diesem Grund hat am 27. Januar das Gründungstreffen der Parlamentsgruppe Bahlärm im Deutschen Bundestag stattgefunden, der ich auch gleich beigetreten bin. Über 40 Abgeordnete, in deren Wahlkreisen die Bahlärmproblematik eine Rolle spielt, sind dort Mitglied. Wir sind nicht gegen die Bahn! Aber wir fordern, dass die Bahn schneller leiser wird, insbesondere im Schienengüterverkehr.

Wir fordern unter anderem:

- Die WHO Grenzwerte zum Gesundheitsschutz von 40 dB(A) nachts, übergangsweise 55 dB(A), sind einzuhalten.
- Schnellere Umrüstung der Güterwagen auf lärmarme Bremsen (z.B. LL-Sohle oder K- Sohle) innerhalb von drei Jahren.
- Eine stärkere Spreizung der lärmabhängigen Trassenpreise nach dem Modell der Schweiz.
- Die Abschaffung des Schienenbonus auch für Bestandsstrecken. Die betroffenen Anwohner müssen einen Rechtsanspruch auf Lärmschutz bekommen. Je nach Stand der Umrüstung von in Deutschland verkehrenden Güterwagen müssen, wie im Koalitionsvertrag vereinbart – Geschwindigkeitsbeschränkungen – und notfalls Nachfahrverbote – umgesetzt werden.

Neue Facebook-AGB

In der letzten Woche waren die neuen Nutzungsbedingungen von Facebook auch ein Thema im Rechtsausschuss. Hintergrund ist folgender: alle Nutzer, die sich seit

dem 30. Januar 2015 bei Facebook einloggen, stimmen automatisch den neuen Nutzungsbedingungen zu. Wer dem nicht folgen möchte, kann sich lediglich bei dem sozialen Netzwerk abmelden, die Möglichkeit eines Widerspruchs gegen die neuen Nutzungsbedingungen ist hingegen nicht vorgesehen. Nach wie vor ist nicht klar, welche Daten genau erhoben werden und zu welchem Zweck sie genutzt und in welchem Umfang sie an Dritte weitergegeben werden. Nach deutschem Recht wäre eine datenschutzrechtliche Einwilligung erforderlich. Facebook ist der Auffassung, dass deutsches Recht hier nicht anwendbar sei. Auch müssen meiner Ansicht nach Verbraucherinnen und Verbraucher darüber informiert werden, welche Daten Facebook von anderen Unternehmen erhält, die zum Unternehmenskonzern gehören. Um ein Beispiel zu nennen. Welche Daten erhält Facebook zum Beispiel über WhatsApp und wie werden diese weiter verwendet? Sobald der Prüfbericht der zuständigen Hamburger Datenschutzbehörde vorliegt, werden wir prüfen, ob Gesetzesänderungen erforderlich sind.

Regionalisierungsmittel fortführen und anpassen

Für die Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs stehen den Ländern Bundesmittel zu, die sogenannten Regionalisierungsmittel. Über einen Regierungsentwurf zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes hat der Bundestag am 29. Januar in 1. Lesung beraten. Dieser legt die Höhe der Mittel vorerst für 2015 fest. Die Verantwortung für den Schienenpersonennahverkehr ist mit der Bahnreform 1996 an die Länder übergegangen. Seitdem steht ihnen auf Grundlage des Regionalisierungsgesetzes ein Anteil aus dem Steueraufkommen des Bundes für den öffentlichen Personennahverkehr zu. Dieser finanziert vor allem den Schienenpersonennahverkehr. Der Regierungsentwurf soll zunächst die Erhöhung der Mittel für 2015 um 1,5 Prozent auf rund 7,5 Milliarden € sicherstellen. Damit erhalten die Länder dieses Jahr insgesamt 7,5 Milliarden Euro Regionalisierungsmittel. Um Planungssicherheit zu schaffen, muss eine grundlegende Reform erfolgen, die in derzeit beraten wird. Gerade für uns in der Region sind diese Mittel wichtig, etwa für den Ausbau der Elztalbahn.

Das Anti-Doping-Gesetz kommt

Die SPD-Fraktion konnte den Kampf gegen Doping im Koalitionsvertrag dahingehend verankern, dass weitergehende strafrechtliche Regelungen beim Kampf gegen Doping und Spielmanipulation sowie Vorschriften zur uneingeschränkten Besitzstrafbarkeit von Dopingmitteln zum Zweck des Dopings im Sport und zum Schutz der Integrität des sportlichen Wettbewerbs geschaffen werden sollen. Der erste Schritt hierzu ist schon getan: Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) hat einen Entwurf für ein Anti-Doping-Gesetz vorgelegt. Ich plane für dieses Jahr eine Veranstaltung mit Justizminister Heiko Maas in Freiburg, in der es um das Anti-Doping-Gesetz gehen wird.

Herzliche Grüße

Ihr/Euer

Dr. Johannes Fechner, MdB